

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Beilage
Digitec

Mittwoch, 8. September 2021 - Nr. 208/36 R1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,10 € D 9255 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Taliban benennen Regierung

Ahan. FRANKFURT. Eine Woche nach Abzug der letzten ausländischen Truppen aus Afghanistan haben die Taliban eine Übergangsregierung benannt. Das Amt des Regierungschefs werde Mullah Hassan Akhund übernehmen, sagte Taliban-Sprecher Zabihullah Mujahid am Dienstag in Kabul. Akhund leitet seit rund 20 Jahren den obersten Führungsrat der Taliban, galt bisher aber eher als religiöser Führer und trat nach außen wenig in Erscheinung. Mullah Abdul Ghani Baradar, der als Chef des Politischen Büros den Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet hatte, soll Akhunds Stellvertreter werden. Wichtige Funktionen übernehmen auch zwei mächtige Taliban-Führer der zweiten Generation: Mullah Yaqoob, der Sohn des ersten Taliban-Emirs Mullah Omar, soll Verteidigungsminister werden, Siradschuddin Haqqani Innenminister. Haqqani wird vom amerikanischen FBI steckbrieflich gesucht und führt das von seinem Vater gegründete Haqqani-Netzwerk, das für zahlreiche Selbstmordanschläge verantwortlich gemacht wird und enge Beziehungen zu Al-Qaida unterhalten soll. Trotz vieler Appelle wurden Frauen bei der Regierungsbildung nicht berücksichtigt.

Kabul einnehmen – und dann?



Was wollen die Taliban? Kabul ist leerer geworden. Erfolgreiche Regierungsbeamte, Journalisten und Künstler sind jetzt Flüchtlinge und irgendetwas im Ausland. Zurück bleiben am Kabuler Flughafen ein paar entspannt wirkende Sieger des „Islamischen Emirats“ – und in der Stadt vor allem viele

Frauen, die sich nicht mehr auf die Straße trauen. „Ich fühle mich wie ein Vogel, dem die Flügel gebrochen wurden“, sagt eine Lehrerin, die nun schon zum zweiten Mal im Leben von Taliban registriert wird. Unsere Seite 3 schildert den Alltag in einem Land zwischen Ruhe und Panik. Foto: Stefanie Glinka

Merkel greift ein

Von Mona Jaeger

Angela Merkel hat wohl nie sonderlich Spaß an Wahlkämpfen gehabt. Noch unangenehmer ist für sie womöglich nur, Wahlkampf für jemand anderen machen zu müssen. Mindestens kam ihre für den Wähler vernehmbare Unterstützung für Armin Laschet ziemlich spät. Jetzt hat sie den Unions-Kanzlerkandidaten im Bundestag als Mann von Maß und Mitte gelobt, der für Stabilität und Verlässlichkeit stehe. Merkel folgt der Parteilinie und warnt vor Scholz, der eine Zusammenarbeit mit der Linken nicht ausschließe und sich mit deren Hilfe zum Kanzler wählen lassen würde.

Wird das Eingreifen der Kanzlerin Laschet helfen? Die SPD ist im Aufwind, der Trend für die CDU, ja selbst für die CSU in Bayern zeigt nach unten. Jeder Wind kann sich ja auch wieder drehen. Aber der Union läuft die Zeit davon. Schließlich führt Laschet nicht nur einen (Wahl-)Kampf gegen Scholz und Baerbock, sondern auch gegen Söder und die Kanzlerin. Der bayerische Ministerpräsident kann angesichts der Umfragegrößen weiter unwidersprochen grummeln,

dass er von Anfang an der bessere Kandidat gewesen wäre. Und die sogenannten Merkel-Wähler, die die Kanzlerin über die Jahre mit dem ihr eigenen Stil an die Union gebunden hat, werden nicht automatisch zu Laschet-Wählern. Das erklärt zum Teil den momentanen Stimmenaufschwung bei den Sozialdemokraten, deren Kandidat fleißig die Raute übt. Erdrücken durch umarmen – das war bislang eigentlich die Paradedisziplin von Merkel.

Dem Bundestag tut es gut, wenn in ihm wie am Dienstag leidenschaftlich über die politische Richtung in diesem Land diskutiert wird. Merkel provozierte mit ihrer Unterstützungsrede für Laschet lautstarke Proteste von den anderen Parteien. Im Parlament aber, dem Herzen der Demokratie, müssten solche Richtungsfragen beantwortet werden, entgegenete sie. Merkel ließ in 16 Jahren aber nicht nur Wahlkämpfe über sich ergehen, sondern auch die meisten Streitigkeiten im Bundestag an sich abperlen. Das wird sich, wer auch immer bald die Raute macht, hoffentlich ändern.

In der linken Bäckerei

Von Jasper von Altenbockum

Der Ruf nach einem Neuanfang, nach Transformation, nach „Entfesselung“ hat in der Schlussphase dieses Wahlkampfs eine Kombination wahrgelockt, die eigentlich naheliegt: Rot-Grün-Rot. Das wäre in der Tat etwas radikal Neues, verspräche in der Tat eine große Transformation (ein anderes, für bürgerliche Ohren nicht ganz so abschreckendes Wort für Revolution). Aber was würde dadurch entfesselt?

Die Möglichkeit einer solchen Koalition liegt seit Jahren auch im Bund in der Luft. In den Ländern ist sie spätestens mit Bodo Ramelow's Karriere kein allgemeines Schreckgespenst mehr. Im Bund haben alle Beteiligten ihren Frieden damit gemacht – zuletzt die SPD unter Sigmar Gabriel, der in der Bundespartei damit die Wunde verarztete, die Oskar Lafontaine und die Agenda 2010 gerissen hatten. Könnte nun ausgerechnet Olaf Scholz, einer der Architekten der Agenda, der Vollstrecker dieser linken Versöhnung werden?

Es ist sicher zu erwarten, dass er es versucht. Selbst dann, wenn er als Zweiter durchs Ziel läuft. Scholz kokettiert zwar gerne damit, ein Herz für liberal-hausbackenes Unternehmertum zu haben, aber sein Herz für die FDP muss er erst noch entdecken. Was durchaus auf Gegenseitigkeit beruht. Die FDP würde sich in einer Ampel-Koalition schon sehr verbiegen, wenn sie einen Mindestlohn von zwölf Euro akzeptieren müsste, Steuererhöhungen nicht verhindern könnte oder die Schuldenbremse aufzuweichen hülfe. Deshalb liegt für sie die Jamaika-Möglichkeit auch dann viel näher, wenn nicht Scholz, sondern Armin Laschet als Zweiter durchs Ziel laufen sollte.

Ansonsten droht der FDP, da hat Dietmar Bartsch recht, der Vorwurf der Wählerläuserei, zumindest aber der „Umfallerpartei“, die im Wahlkampf rechts blinkt, dann aber links abbiegt. Der Spitzenkandidat der Linkspartei muss allerdings selbst dafür sorgen, nicht in einer Umfallerpartei aufzuwachen. Er tritt nicht gerade auf Regierungskurs. Die Regierungsgegner in der Linkspartei geben kaum einen Mucks von sich. Die NATO-Gretchenfrage wäre für sie eine leichte Vorlage gewesen. Doch die Parteiführung weicht ihr spitzfindig aus: Kein Bekenntnis zur NATO heißt schließlich nicht, dass man auf ihrer Abschaffung besteht. So verschwunden die Außen- und Sicherheitspolitik, bislang die letzte Hürde vor dem rot-grün-roten Schulterschluss, im Nebel der Unverbindlichkeit.

Für Scholz und Annalena Baerbock wäre es sicher angenehmer, wenn sich diese Frage erst am Wahlabend stellte. Denn jetzt stört es ihre Reise in die politische Mitte, also dorthin, wo Wahlen gewonnen werden. Merkels klare Abgrenzung zu Scholz zielt in diese Richtung. Auch für die Grünen war es seit jeher die Achillesferse ihrer

Strategie, in die gutbürgerlichen Wählerschichten vorzudringen, die traditionell zur CDU neigten. Baerbock's Kanzlerkandidatur stand immer unter diesem Damoklesschwert. Ihre Bewunderer wollen vielleicht eine Transformation, liebäugeln aber nicht mit dem Systemwechsel. Der Schlachtfeld der Linken hingegen, man wolle nicht nur ein paar Brötchen, sondern die ganze Bäckerei, wäre die Hefe eines rot-grün-roten Bündnisses.

SPD und Grüne werden den Rest des Wahlkampfs damit zubringen, Kritiker dieser Perspektive als Panikmacher darzustellen. Das müssen sie aus widersprüchlichen Gründen: zur Beruhigung ihrer bürgerlichen Zielgruppen, aber auch zur Beruhigung

Jamaika oder Ampel oder Rot-Grün-Rot? Die Kanzlerkandidaten müssen Farbe bekennen.

ihrer Kerntruppen und medial Gewogenen, die beim Gedanken an eine gezielte Linke leuchtende Augen bekommen. Wo CDU, CSU und FDP unter Entfesselung den Aufbruch in ein neues Wirtschaftswunder rund um Klimaschutz und Bürokratieabbau verstehen, wittern sie die Wiederbelebung neoliberaler Kapitalismustrüme, das Gegenteil dessen, was im rot-grünen Milieu unter „großer Transformation“ verstanden wird. Diese Art von Entfesselung besteht aus einer neuen Wirtschaft, einer neuen Gesellschaft und einem neuen Staat, in dem der Klimaschutz als Vehikel altbekannter Ideologien dient. Nicht nur der Linkspartei, auch diesem Teil von SPD und Grünen geht es um die ganze Bäckerei.

Die CDU hat der Arglosigkeit gegenüber entsprechenden Umwälzungen selbst noch Vorschub geleistet. Am Ende der Ara Merkel, die von Scholz gekapert zu werden droht, redet sie neuerdings eine „Revolution“ und einem „Neustaat“ das Wort. Wenn selbst sie es so will, was sollte dann am rot-grün-roten Neustaat so schlimm sein? Dass der in die entgegengesetzte Richtung von Laschet zielt, nämlich in Richtung „Mehrstaat“, das es vielleicht gar keinen neuen Staat braucht, weil der alte gerade in den vielen Krisen der vergangenen Jahre ganz gut funktioniert hat, das zu erklären ist in diesem Wahlkampf nicht mehr möglich.

Nicht zu spät ist es aber zu erklären, dass sich in einer grün-roten oder rot-grün-roten Koalition die ideologischen Kerne dreier Parteien treffen würden, die alles andere sind, als diese Spitzenkandidaten ausstrahlen wollen. Scholz ist das beste Beispiel. Er verkörpert nicht eine lebendige pragmatische SPD. Der Kanzlerkandidat ist deren letztes Brötchen.

Gerechtigkeit nach dem Terror

Fast sechs Jahre nach den islamistischen Anschlägen in Paris beginnt der Terrorprozess gegen zwanzig Verdächtige. Politik, Seite 5

Von Schweden lernen

Beim Staatsbesuch trifft der Bundespräsident in Stockholm enge Freunde – in politisch unruhigen Zeiten. Politik, Seite 4

Grausame Taliban

Ein Gespräch mit der Filmemacherin Sahraa Karimi über ihre Flucht aus Afghanistan. Feuilleton, Seite 11

Vollgas oder Lastenrad

Die Verkehrspolitik hat sich zu einem kontroversen Thema entwickelt. Ideen der Parteien gehen weit auseinander. Wirtschaft, Seite 17

Der Jugend eine Chance

Bundesraier Flick setzt auf fünf Europameister der U 21 und den 18 Jahre alten Musiala: Leistung lohnt sich wieder. Sport, Seite 28

Wechsel in Wahlkreisen

Die CDU könnte bei der Bundestagswahl in Hessen mehrere Direktmandate an SPD und Grüne verlieren. Rhein-Main-Zeitung, Seite 29

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

Merkel greift Scholz an „Niemand ist Versuchskaninchen“

Kanzlerin und Vizekanzler werben für Impfungen / Schlechte Umfragen für Union

„Ich fühle mich wie ein Vogel, dem die Flügel gebrochen wurden“, sagt eine Lehrerin, die nun schon zum zweiten Mal im Leben von Taliban registriert wird. Unsere Seite 3 schildert den Alltag in einem Land zwischen Ruhe und Panik. Foto: Stefanie Glinka

„Niemand ist Versuchskaninchen“, sagte die Kanzlerin am Dienstag in der Bundestagswahl in dieser Legislaturperiode. Merkel nutzte ihre Rede auch, um den Kanzlerkandidaten der SPD, Bundesfinanzminister Olaf Scholz, in Zusammenhang mit dem Impfen anzugreifen. Niemand sei beim Impfen „in irgendeiner Form ein Versuchskaninchen“, sagte Merkel. Damit spielte sie auf eine entsprechende Formulierung von Scholz an.

Der SPD-Kandidat warb im Bundestag ebenfalls für die Corona-Impfung und lehnte ausdrücklich eine Impfpflicht ab. Man müsse die Bürger überzeugen, „locker, gelassen, auch mit Witzen“, wenn

impfen über diese Witze nicht lachen könnten, dann liege das vielleicht daran, dass sie gerade auf die Umfragen schauen. Forsa veröffentlichte am Dienstag eine von RTL in Auftrag gegebene Erhebung, die die Union nur noch bei 19 Prozent sieht, die SPD bei 25.

Die Debatte stand im Wesentlichen im Zeichen der herannahenden Bundestagswahl am 26. September. Nachdem Merkel sich lange Zeit nur sehr wenig in den Wahlkampf eingemischt hatte, ergriff sie am Dienstag klar Partei für den Kanzlerkandidaten der Union, Armin Laschet (CDU). Dabei beschwor sie, wie auch Laschet selbst, die Gefahr, dass die SPD nach der Bundestagswahl mit Grünen und Linkspartei eine Regierung bilden würde. Gebraucht werde aber eine Regierung mit „Maß und Mitte“ unter der Führung Laschets.

Trotz der Fixierung auf die Wahl fasste das Parlament auch Beschlüsse. So wurde das Infektionsschutzgesetz dahin geändert, dass künftig die Zahl der Corona-Patienten in den Kliniken die wichtigste Messlatte sein soll. Bisher waren das Infektionszahlen. Zudem wurde beschlossen, dass Beschäftigte in Kitas, Schulen und Pflegeheimen für die Phase der Pandemie von ihrem Arbeitgeber gefragt werden können, ob sie geimpft seien. Der Bundestag beschloss darüber hinaus einen Hilfsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für die Regionen im Westen Deutschlands, die im Juli von der verheerenden Flut getroffen worden waren. (Siehe Seite 2.)

EU-Kommission beantragt Strafen für Polen

Warschau soll für jeden Tag bezahlen, an dem Disziplinarkammer weiter besteht

T.G./gna. BRÜSSEL/WARSCHAU. Die EU-Kommission hat am Dienstag eine neue Eskalationsstufe im Justizkonflikt mit Polen beschränkt. Sie beschloss, Strafzahlungen gegen das Land beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu beantragen, weil Warschau einer einstweiligen Anordnung des Gerichts nicht Folge geleistet habe und damit „das Funktionieren des polnischen Justizsystems untergräbt“, wie ein Sprecher der Kommission sagte. Der EuGH hatte verlangt, dass Polen zentrale Bestimmungen seines Disziplinarrechts aussetzt und nicht länger die Immunität von Richtern aufhebt. Die Kommission beantragt eine Strafsomme für jeden Tag, an dem Warschau dem nicht entspricht. Die Höhe wird vom EuGH festgelegt, sie kann 100 000 Euro und mehr betragen.

Die polnische Regierung hat in ersten Reaktionen auf dem Primat des nationalen Rechts in der Gestaltung des Justizsystems beharrt. Die Regierung hat Mitte August über Maßnahmen der Regierung informiert, die in nächster Zeit ergriffen werden“, sagte ein Sprecher und kündigte für den Herbst entsprechende Gesetzentwürfe an. Er wundert sich über die „außerordentliche Eile“ in Brüssel. Die Justiz werde durch Gesetze geregelt, die in jedem Mitgliedsland vom Parlament verabschiedet werden“. Zur vom EuGH kritisierten Disziplinarkammer am Obersten Gericht sagte Müller, nur das Gericht selbst könne ihre Tätigkeit aussetzen. Justizminister Zbigniew Ziobro, der Hauptverantwortliche für die Justizreformen ist, wick die Frage nach einer möglichen

Auflösung der Kammer aus und verwies auf eine geplante „Reorganisation der Justiz als ganzes“, von welcher der Vorsitzende der Regierungspartei PIS, Jaroslaw Kaczynski, Anfang August gesprochen hatte. Damals hatte Kaczynski Gesetzesentwürfe angekündigt, die aus der Kammer „ein ganz anderes Organ“ machen würden. Ziobro kritisierte „Aggression“ und finanzielle Erpressung, um eigene Ziele in Polen durchzusetzen“, sowie „Heuchelei“ seitens der EU. Verfassungsgerichte anderer EU-Mitgliedsstaaten hätten die Zuständigkeit der Länder für ihr Justizwesen bestätigt. Oppositionspolitiker sagten, jetzt drohen „riesige Strafen und ein Einfrieren von EU-Mitteln“, so der Oppositionsführer im Parlament, Borys Budka. (Siehe Seite 4; Kommentar Seite 8.)

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kommt

Jch./Jib. FRANKFURT. Der Bundestag hat am Dienstag einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen zugestimmt. Von Sommer 2026 an soll er allen Erstklässlern zustehen; von August 2029 an gilt er für alle Klassenstufen. Bund und Länder hatten sich Montagabend im Vermittlungsausschuss geeinigt, nachdem der Bund seine Zahlungen für das Vorhaben erhöht hatte. Bundesfamilienministerin Christine Lambrecht (SPD) sprach von einer „ganz wichtigen Weichenstellung – für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. (Siehe Seite 2.)

Vatikan beginnt synodalen Prozess

rüb. ROM. Papst Franziskus schickt die katholische Weltkirche in den kommenden zwei Jahren auf einen synodalen Reformprozess. In der Vorbereitung auf die Bischofssynode im Oktober 2023 im Vatikan werde „niemand ausgeschlossen“, heißt es in dem am Dienstag in Rom vorgestellten Dokument. Vor allem die Stimmen von Frauen, jungen Menschen und Marginalisierten sollen gehört werden. Die deutschen Katholiken werten das Dokument als Bestätigung ihres eigenen Reformkurses. Der Vorsitzende der Bischofssynode Georg Bätzing sprach von einem „Meilenstein“. (Siehe Seite 4.)

EU und Großbritannien einigen sich zu Nordirland

job./T.G. LONDON/BRÜSSEL. Im Konflikt um die Auslegung des Brexit-Abkommens haben sich die britische Regierung und die EU offenbar auf ein Verfahren verständigt. Danach bleiben die Übergangsregelungen für eingeschränkte Warenkontrollen zwischen Nordirland und Großbritannien bis auf Weiteres in Kraft, ohne dass die EU sie aufhebt. Der für die EU zuständige Minister David Frost kündigte eine weitere, nicht befristete Verlängerung der Übergangsregelungen an und sprach von einem „Waffenstillstandsabkommen“ mit der EU. Diese verzichtete auf rechtliche Schritte. (Siehe Seite 4.)



„Autoindustrie ist Teil der Lösung“

Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedet sich mit warmen Worten von der Schlüsselindustrie.

Von Tobias Piller, München

Angela Merkel hat bei einem ihrer letzten öffentlichen Auftritte als Bundeskanzlerin die Bedeutung Deutschlands als Standort der Autoindustrie hervorgehoben. Sie kam trotz der Verpflichtung, am Dienstagvormittag an der Bundestagsdebatte in Berlin teilzunehmen, für den Nachmittag nach München zur Eröffnung der Automesse „IAA Mobility“. Mit Blick auf die Umwälzungen, in denen die Autobranche wegen des Streikens nach mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität steckt, sagte Merkel: „Deutschland soll ein starker Automobilstandort bleiben.“ Es sei ihr eine Freude, über die Jahre zu verfahren, wie sehr die Elektromobilität für die deutsche Autoindustrie an Bedeutung gewonnen habe. Vor vier Jahren seien beim Rundgang über die Automesse IAA „München 2021“ in Frankfurt, nur Zukunftspunkte ausgestellt gewesen, vor zwei Jahren habe es erste Elektroautos zu sehen gegeben, während in diesem Jahr alle deutschen Hersteller Elektroautos anbieten und diese Modelle auch auf den Straßen zu sehen seien. „Der Verkehrssektor kann und muss sehr viel zum Erreichen des Ziels der Klimaneutralität beitragen.“ Die Investitionen der Autoindustrie von 150 Milliarden Euro bis 2025 zeigen, dass diese Branche nicht ein Problem, sondern einen Teil der Lösung darstellt.



Neuland: Merkel, mit VDA-Präsidentin Müller, Winfried Kretschmann und Markus Söder, begutachtet ein Lastenrad. Foto Reuters

Die Kanzlerin verwies darauf, dass die Bundesregierung den Übergang nicht nur durch Kaufprämien für Elektroautos fördern, sondern auch mit 1 Milliarde Euro an Unterstützung für den Wandel in der Zulieferindustrie, 7 Milliarden Euro an staatlichen Mitteln würden für den Ausbau des Netzes an Ladestationen verwendet, um das Ziel von 1 Million Ladepunkten bis 2030 zu erreichen; dabei wisse sie, dass es bei Einführung der Benzinautos nicht der Staat gewesen sei, der das Tankstellennetz aufgebaut habe. Als großen Schritt beschrieb Merkel das im Juli beschlossene Gesetz über autonomes Fahren.

Für den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) „gehört die Autoindustrie zur DNA Bayerns“, zudem stelle sie die wichtigste Exportbranche dar. „Wenn alle Welt die deutschen Autos schätzt, wünsche ich mir, dass diese Branche im eigenen Land die gleiche Wertschätzung erfährt“, sagte Söder. Der Klimawandel sei nicht zu bewältigen mit einer Rückkehr in die Vergangenheit, sondern mit mehr Technik. Das Auto biete ein Stück Bewegungsfreiheit. „Nicht jeder in Deutschland kann bei Wind und Wetter seinen Arbeitsplatz mit dem Fahrrad erreichen“, sagte Söder. Die Vorsitzende des Verbandes der deutschen Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, beschrieb die Messe als ein „Schaufenster der Innovationen“, das gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig sei. Durch die Öffnung der Messe hin zum Thema der Mobilität gebe es in München auch die Diskussion um die Frage, wie man sich in Zukunft fortbewege. „Die Bürger wollen

passgenaue Angebote, nicht festgelegt werden auf ein Verkehrsmittel, denn eine einzige Art der Mobilität gibt es nicht“, sagte Müller. Der Tag der IAA-Eröffnung war begleitet von Protestaktionen von Umweltaktivisten und der Blockade von Autobahnen und von vielerlei Ankündigungen von Protesten für das kommende Messewochenende. Dazu sagte auch Lola Löwenzahn, Sprecherin der Initiative „Sand im Getriebe“, die Autoindustrie lasse die Klimakrise eskalieren. „Bei der IAA wollen die dreckigen Autokonzerne uns mit protzigen E-Autos eine grüne Lüge verkaufen – doch damit lassen wir sie nicht davonkommen.“ Der Leiter der Kommunikation des VDA, Ludw. Meyer, entgegnete, dass Umweltaktivisten von „Fridays for Future“ bis Greenpeace auf die Messe und zu den Diskussionen eingeladen worden seien. Sie hätten es aber vorgezogen, vor den Toren des Messegeländes zu protestieren. (Vollgas oder Lastenrad, Seite 17.)



Gute Autos
Von Holger Appel

Die Internationale Automobilausstellung IAA, die in diesem Jahr wegen der Einbindung von Fahrrädern und Yogakursen den Zusatz Mobility trägt, ist wie keine zuvor. Zum ersten Mal in München statt in Frankfurt ausgetragen, präsentiert sie sich in zwei Teilen: Der Teil, der auf das Fachpublikum ausgerichtet ist, findet in der Messe in Riem statt. Der für die privaten Flanierer umgarnende Teil ist einer Kirmes gleich in der Innenstadt an verschiedenen Plätzen aufgebaut. Das macht die Messe konturlos und entfernt sie vom Autofan, was in den schwach besuchten Hallen zu spüren ist. Die Nähe zum Publikum vor attraktiver Münchner Kulisse hat freilich ihren Reiz und dürfte ihre Wirkung nicht verfehlen. Ganz gleich, wo der Besucher auf die fast ausschließlich elektrisch angetriebenen Exponate trifft, er findet dort Beweise der Gegenwart und ernst zu nehmende Versprechen für die Zukunft, dass die Branche eine möglichst geringe und immer weiter sinkende Umweltbelastung voll in ihren Fokus gerückt hat. Die Proteste von Aktivisten treffen eine Industrie, die längst weiter ist als ihre techni-

schen Fortschritt ignorierenden Genener. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder trifft den Punkt, wenn er sagt: „Die ganze Welt schätzt deutsche Autos. Ich wünsche mir, dass dann auch in Deutschland deutsche Autos geschätzt werden.“ Die Autoindustrie macht erkennbar ihre Hausaufgaben. Dafür verdient sie neues Vertrauen und Bewegungsspielraum, insbesondere Technologieoffenheit, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Eröffnungsrede zu Recht hervorgehoben hat. Sie ist gleichwohl eine Industrie, lebt also von Produktion und Verkauf. Es geht deswegen auch und auf Augenhöhe um weitere Werte unserer Gesellschaft: um Wohlstand, Freiheit, individuelle Mobilität und sichere Arbeitsplätze. Ebenso wenig wie CO₂ an den Landesgrenzen haltmachen, machten Arbeitsplätze halt, wenn Deutschland kein starker Automobilstandort mehr sei, mahnte Merkel. Dessen Vitalität erhält und fördert man am besten mit emotionalen Produkten, die den Geschmack der Kunden treffen, kurzum mit guten Autos. Und auch mal wieder mit öffentlichem Beifall dafür.

Eine toxische Familie

Von Roland Lindner, New York

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert. Dieser Weisheit scheint die Familie Sackler zu folgen. Sie legte einmal größten Wert darauf, wie sie wahrgenommen wird. Ihre Mitglieder inszenierten sich als Mäzene und sorgten mit ihrem Geld dafür, dass Besucher berühmter Kulturinstitutionen vom New Yorker Guggenheim-Museum bis zum Pariser Louvre ihre Namen sahen. Weniger erkennbar war, woher der Reichtum stammte, der das Gönnertum ermöglichte. Als Inhaber des amerikanischen Arzneimittelkonzerns Purdue Pharma traten die Sacklers öffentlich kaum in Erscheinung. Aber je mehr Purdue in den vergangenen Jahren wegen seiner Rolle in der Opioid-Epidemie in den USA in die Defensive geriet, desto mehr fanden auch sie sich in unerwünschtem Rampenlicht wieder. Ihnen wird weithin vorgeworfen, Hunderttausende Amerikaner in die Abhängigkeit getrieben zu haben.

wurde, die Suchtgefahr von Zigaretten verhallmottet zu haben. Während die juristische Aufarbeitung im Gang ist, verschärft sich die Opioid-Krise immer weiter. Die Zahl der Drogentoten in den USA stieg im vergangenen Jahr um 30 Prozent auf mehr als 93.000, dabei waren mehrheitlich Opiode im Spiel. Fast doppelt so viele Menschen sind hier nach dem Konsum solcher Substanzen gestorben wie bei Autounfällen.

Das Purdue-Medikament Oxycodone gilt als Wurzel der Drogenepidemie. Es kam vor 25 Jahren heraus und läutete eine neue Verschreibungskultur für Schmerzmittel ein.

Der milliarden schwere Opioid-Vergleich ist für die Sacklers ein gutes Geschäft.

Obwohl es stärker als Morphin ist, wurde es nicht nur Schwermkranken gegeben, sondern auf breiter Front für Schmerzen eingesetzt. Viele Menschen wurden süchtig. Purdue hat das Mittel aggressiv vermarktet, die Suchtgefahr kleingedruckt. Dokumentiert, die im Zuge von Rechtsstreitigkeiten publik wurden, zeichnen ein schockierendes Bild von Kalkulationszucht, etwa als einer der Sacklers die Strategie propagierte, die Schuld für die sich ausweitende Opioid-Krise auf die Abhängigen zu schieben. Doch griffe es zu kurz, nur mit dem Finger auf die Sacklers zu zeigen. Die Familie hatte willige Helfer wie die Berater von McKinsey, die vorschlugen, Vertriebspartnern Rabatte für Überdosfälle zu gewähren. Ärzte gaben Opiode allzu großzügig ab, die Gesundheitsbehörde FDA griff nicht entschlossen genug ein.

Pillen wie Oxycodone spielen heute längst nicht mehr die wichtigste Rolle in der Opioid-Epidemie. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hat sich der Konsum hin zu Heroin verlagert, das oft leichter und billiger zu beschaffen war, in jüngster Zeit dominiert das noch viel stärkere, in Deutschland bisher wenig verbreitete Fentanyl das Opioidgeschehen. Für all das war Oxycodone aber ein wesentlicher Wegbereiter. Das hat Purdue zu verantworten. Die Sacklers, denen es einst so wichtig war, ihren Namen in Museen verewigen zu lassen, sind nun als Bösewichte der Opioid-Krise brandmarkt. Im Wissen darum haben sie hart über einen Vergleich verhandelt, mit dem sie wenigstens finanziell gut leben können.

Kinder-Quarantäne als Karrierebremse

Berufstätige Eltern haben einheitliche Regeln herbeigesehnt / Von Nadine Bös

Birte Tannhäuser ist 38 Jahre alt und arbeitet als Radiologin in einer Großstadt in Nordrhein-Westfalen; ihr Mann ist Lehrer für Sport und Englisch an einem Gymnasium. Ihre Kinder, anderthalb und fünf Jahre alt, besuchen eine Kita eigentlich. Denn abgesehen von den vielen Kita-Schließungen, die seit Ausbruch der Pandemie immer wieder vorkamen, waren die Kinder der Tannhäusers mittlerweile fünfmal in Quarantäne; insgesamt mehr als zehn Wochen lang. Eine Quarantäne traf die ganze Familie, damals hatte sich die jüngste Tochter selbst mit dem Coronavirus angesteckt. Die restlichen vier Quarantäne-Phasen betrafen jeweils nur ein Kind. Diese überstand alle Familienmitglieder komplett infektionsfrei, wie ihnen regelmäßige Tests immer wieder bescheinigten. 14 Tage lang in Quarantäne bleiben – das musste das betroffene Kind jeweils trotz dem ein Problem für die betreuenden berufstätigen Eltern.

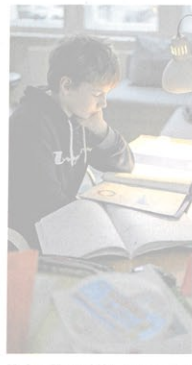
Regeln könne erhalten bleiben. Der Landesvorsitzende des Verbands für Bildung und Erziehung NRW, Stefan Bielau, etwa sagte dem VDR, es bleibe noch abzuwarten, ob die Leitlinien der Gesundheitsministerin so für die Schulen aussetzbar seien. In seinem Bundesland hätten die Regeln ja auch bislang schon einfacher sein sollen, das habe aber in der Umsetzung nicht funktioniert. Die Auswirkungen auf berufstätige Eltern haben auch die Personalabteilungen bemerkt. „Die Betreuung von Kindern in der Pandemiezeit ist sowohl für Unternehmen als auch für Angestellte mit Kindern im schulpflichtigen Alter oder jünger eine große Herausforderung“, sagt Ralf Steuer, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Personalführung. Obgleich die Betreuung ihrer Kinder im Prinzip allein Sache der Arbeitnehmer sei, hätten Unternehmen in den letzten 18 Monaten „höchstmögliche Flexibilität gezeigt“. Gemeinsam mit den betroffenen Angestellten würden individuelle Lösungen gefunden, um Eltern zu entlasten und gleichsam die Arbeitsleistung sicherzustellen. Auch seitens der Politik seien Sonderregeln auf den Weg gebracht worden.

müssen Arbeitnehmer den Anspruch selbst bei der zuständigen Behörde geltend machen. Insgesamt gibt es die Entschädigung wegen Kinderbetreuung nach dem Infektionsschutzgesetz für maximal 10 Wochen pro Elternteil“, sagt Steffen. Das Ehepaar Tannhäuser, das mit Blick auf Arbeitgeber und Privatsphäre der Kinder seinen wirklichen Namen nicht nennen möchte, musste in den vier Quarantäne-Phasen, in denen nur ein Kind betroffen war, selbst nicht zu Hause bleiben. Und sie wollten, so gut es ging, weiter zur Arbeit gehen. Weil sowohl der Lehrer- als auch der Arztberuf in Präsenz funktionieren, war das Ganze „eine Riesen-Herausforderung“, schildert Birte Tannhäuser. „Wir arbeiten in der Praxis zu fünf in einem Team. Ich habe in den Quarantäne-Phasen versucht, meine Dienstpläne um die Unterrichtszeiten meines Mannes herum zu stricken. Man kommt sich aber vor wie ein Bittsteller, wenn man ständig nur in den Randzeiten zur Verfügung steht. Weil wir den Patien-

ten ja nicht einfach absagen konnten, mussten die Kollegen alles auffangen.“ Insgesamt habe die lange Corona-Zeit bei ihr zu dem Entschluss geführt, ihre derzeit bestehende Teilzeit entgegen ursprünglicher Pläne nicht stark aufzustocken. Sie befürchtet dadurch Karriere Nachteile. So nimmt sie an einem Zertifizierungsprogramm teil, in dem sie sich in der Diagnostik des Bewegungsapparates weiterbildet. Dafür muss sie rund 2600 Untersuchungen in diesem Bereich nachweisen. „Eigentlich wollte ich das in zwei Jahren schaffen, jetzt werden es eher drei oder vier“, sagt sie.

Kai-Uwe Müller, Ökonom am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), sieht diesen Effekt auch in den wissenschaftlichen Arbeiten seines Instituts bestätigt. „Es hat sich bewährt, dass sich berufliche Chancen von Eltern durch erhöhten Betreuungsaufwand infolge der Corona-Krise verschlechtern“, sagt er. Sollten im kommenden Herbst und Winter keine abermaligen Schul- und Kitaschließungen kommen, werde Quarantäne in diesem Zusammenhang das dominierende Problem, insbesondere für Frauen. „Auszeiten und Brüche haben Auswirkungen auf Aufstiege und Gehälter, das wissen wir schon lange aus der Forschung zum Parent-Gap, also der Karrierelecke nach Geburt eines Kindes“, sagt Müller. „Die Corona-Krise hat Geschlechterungleichheiten in der Betreuung eher verstärkt, das zeigen aktuelle Daten.“ Die Debatte über Quarantäne hatte für ihn lange Zeit „zu viel Schlagseite in Richtung Infektionsvermeidung“.

Birte Tannhäuser ist gespannt, ob sich die Regeln in ihrer Stadt nach dem Ministerbeschluss wirklich entspannen werden. Als sie am Mittwochmorgen ihre E-Mails öffnete, fand sie abermals eine Nachricht über einen positiven Corona-Test in der Kita ihres Sohnes vor. Weil sich die Gruppe ihrer Sohnes mit der betroffenen Gruppe Flur und Toiletten teilt, müsste er nach den bisherigen Erfahrungen seiner Eltern nun zum sechsten Mal in Quarantäne. Die Nachricht des Gesundheitsamtes, ob es diesmal wieder so kommen wird, steht noch aus.



Viel zu Hause 2021 Foto Andraus Pein

ENTSCHEIDUNG VERTRAGT

Der Streik der Bahn-Lokführer wird fortgesetzt. Die Konkurrenz freut sich über Ausweichgeschäft.

BEAMTE WÄHLEN GRÜNE

Unter den Staatsangestellten gibt ein Drittel an, die Umweltpartei wählen zu wollen.

GESCHÄFTLICHER OPPORTUNISMUS?

Die Bank Credit Suisse beendet ihre Kontobeziehung zum Künstler Ai Weiwei.